

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

13. Mai 2014

im **Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses, Hauptstraße 27**, in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeisterin Tanja **Grether**

Stadträte: Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm, Herbold

Es fehlten als entschuldigt: Karin **Bender**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 5. Mai 2014 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 9. Mai 2014 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zu der Sitzungsniederschrift vom 1. April 2014

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sitzungsniederschrift vom 1. April 2014 zu.

Abstimmung: 14 Ja

02. Adolf-Schmitthenner-Gymnasium Neckarbischofsheim hier: Weitere Vorgehensweise zur Trägerschaft

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass sich der Gemeinderat in seiner letztjährigen Klausurtagung mit der Thematik beschäftigt hat. Das Kultusministerium hat der Stadt Neckarbischofsheim mitgeteilt, dass zur Abgabe der Trägerschaft eine negative Entscheidung getroffen wird. Die zuständige Sachbearbeiterin wurde damals mit der Entscheidung gebeten zu warten, bis der Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss zur Trägerschaft (Rücknahme des Antrags) in öffentlicher Sitzung gefasst hat, da auch damals die Entscheidung, die Trägerschaft abzugeben, öffentlich beraten und beschlossen wurde.

Die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise zur Trägerschaft ist nicht einfach. Alle Verantwortlichen haben sich hierzu schon sehr viele Gedanken gemacht, da es sich auch um sehr viel Geld handelt. Auch in Zukunft wird das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium der Stadt Neckarbischofsheim viel Geld kosten, bspw. Brandschutz, Alarmierungssystem, Zurverfügungstellung weiterer Klassenzimmer, Schulsozialarbeiter usw. Im Moment hat die Stadt Neckarbischofsheim ein Gymnasium, das sehr gut läuft und durch den Schulversuch G9 ist der Zulauf der Schülerinnen und Schüler so hoch wie schon lange nicht mehr. Die Kommunen im Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt kämpfen derzeit um den Erhalt ihrer weiterführenden Schulen, weshalb sie das Gymnasium hier am Ort nicht mutwillig aufgeben möchte. Im letzten Jahr wurde dem Gemeinderat zur Klausurtagung eine Berechnung der Kostenbeteiligung der Stadt Neckarbischofsheim für die bisherigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen übergeben, wobei sich die Kreditbelastung auf 622.000,00 € summiert. Der Vorteil des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums für die Stadt Neckarbischofsheim ist in Zahlen nicht zu beziffern. So konnten sehr schnell die Bauplätze im Neubaugebiet „Eichertstal“ veräußert werden, wobei nicht bekannt ist, ob der Schulstandort für die Käufer hier eine Rolle gespielt hat. Im Moment besteht auf Grund der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen eine unsichere Schulsituation, wobei auch Bürgermeisterin Tanja Grether nicht voraussagen kann, wie sich diese in der Zukunft entwickelt. Sollte sich der Gemeinderat weiterhin für die Abgabe der Schulträgerschaft entscheiden, wird das Kultusministerium einen negativen Bescheid erlassen und die Stadt Neckarbischofsheim kann vor Gericht die Abgabe der Trägerschaft einklagen. Aber auch hier weiß man nicht, wie lange dieses Gerichtsverfahren geht, wobei während dieser Zeit die Stadt Neckarbischofsheim weiterhin für den Schulbetrieb zuständig ist und weitere Mittel in die Schule investieren wird. Aus den vorgenannten Gründen plädiert sie für den Erhalt der Schulträgerschaft für die Stadt Neckarbischofsheim.

Stadtrat Peter Haffelder stellt fest, dass die Abgabe der Trägerschaft unter anderen Voraussetzungen diskutiert wurde (sinkende Schülerzahlen, Investitionen in Mensa und Heizung). Diese großen Ausgaben sind derzeit nicht vorhanden, außer bei weiterhin steigenden Schülerzahlen, der einen Anbau an das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium notwendig macht. Nachdem die Schülerzahlen durch den Schulversuch G9 wieder nach oben gehen ist er der Meinung, dass der Antrag auf Abgabe der Trägerschaft zurückgenommen werden kann. Sollte die Stadt Neckarbischofsheim wieder in eine finanziell schlechte Situation geraten ist ein neuer Antrag zu stellen.

Bürgermeisterin Tanja Grether erwidert, dass es kein Problem für sie darstellt, einen neuen Antrag zu stellen, sollten sich die finanziellen Rahmenbedingungen für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium ändern.

Stadtrat Georg Zwölfer führt aus, dass nicht nur der Gemeinderat, sondern vor allem die Verwaltung sehr stark in Richtung Abgabe der Trägerschaft hingewirkt hat, weshalb er froh ist, dass der Tagesordnungspunkt heute behandelt wird und ein politisches Signal erfolgt, dass die Stadt Neckarbischofsheim auch weiterhin zum Adolf-Schmitthenner-Gymnasium steht.

Stadträtin Edith Bräumer spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der Trägerschaft durch die Stadt Neckarbischofsheim aus und verweist auf die Historie der Schulträgerschaft.

Bürgermeisterin Tanja Grether ergänzt, dass sich das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, in anderer Form, schon seit über 160 Jahren in städtischer Hand befindet.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass er sich noch daran erinnern kann, als der Antrag zur Abgabe der Trägerschaft gestellt wurde, der Gemeinderat diesen Schritt eigentlich gar nicht wollte. Die Perspektive zielte damals darauf ab, dem Ausgleichstock Druck zu machen, um mehr Mittel für das Gymnasium zu erhalten. Im Hinterkopf der Gemeinderäte war deshalb immer, dass die Stadt Neckarbischofsheim ohne das Gymnasium nicht sein wollte. Deshalb wurde der „komische“ Kompromiss, den Antrag zu stellen und abzuwarten wie das Ministerium darauf reagiert, gefasst. Nachdem die Stadt Neckarbischofsheim eine nachträgliche Förderung für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium durch den Ausgleichstock erhalten hat, sollte die Stadt Neckarbischofsheim dennoch am Ball bleiben und die Kosten gegenüber dem Ausgleichstock und der Schulverwaltung aufaddieren, um, wenn die Mittel in vier oder fünf Jahren wieder knapper werden, den Antrag auf Abgabe der Trägerschaft erneut zu stellen.

Bürgermeisterin Tanja Grether weist darauf hin, dass der Antrag klar auf die Abgabe der Trägerschaft ausgerichtet ist. Das zuständige Gericht entscheidet jedoch nicht darüber, wie viele Mittel der Ausgleichstock an die Stadt Neckarbischofsheim für die Trägerschaft des Gymnasiums bereitzustellen hat. Auch ihr Ziel ist es, weiterhin mehr Mittel für die Trägerschaft aus dem Ausgleichstock zu erhalten.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass die Zweifler von damals wieder so eingestellt sind, dass diese den leidigen Beschluss, der aus einer Notsituation heraus getroffen wurde, wieder zurücknehmen. Die ganze „Affäre“ wird damit abgeschlossen. Auch er war nie überzeugt, dass die Abgabe der Trägerschaft zu einem Ergebnis führen und sicherlich eine Ablehnung erfahren wird. Auch er folgt dem Vorschlag der Verwaltung, die Trägerschaft des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums beizubehalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Rücknahme des Antrags an das Kultusministerium Baden-Württemberg zur Abgabe der Schulträgerschaft am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium zu.

Abstimmung: 14 Ja

03. Sanierung der Weinbergstraße

hier: Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten

Stadtrat Hans Rossel erklärt sich bei diesem TOP für befangen und begibt sich zu den Zuhörern.

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Verwaltung anstatt der angebotenen Alternativpositionen die Grundpositionen beauftragen möchte.

Der Technische Beschäftigte Roland Herbold erläutert nochmals kurz die Ausschreibungsmodalitäten zu den Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Weinbergstraße. Die Herstellung des Bahnübergangs ist in den Angebotskosten noch nicht enthalten. Die Ausschreibung hierzu erfolgt über die ENAG.

Stadtrat Peter Haffelder fragt an, wie hoch der Planansatz für die Maßnahme ist.

Roland Herbold teilt mit, dass die Ausgaben im Haushaltsjahr 2014 mit 500.000,00 € veranschlagt sind.

Stadtrat Hans Peter Jelinek fragt nach, ob für die Baumaßnahme Zuschüsse zu erwarten sind.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass für die Straßenbauarbeiten ein Antrag beim Ausgleichstock gestellt und gleichzeitig der vorzeitige Baubeginn beantragt wurde. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim Mittel aus dem Ausgleichstock für diese Maßnahme erhält.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim erteilt den Auftrag zur Sanierung eines Teilstücks der Weinbergstraße (Kanal- und Straßenbauarbeiten) an die Fa. Hauck, Waibstadt, zum geprüften Angebotspreis in Höhe von brutto 407.659,08 €.

Die Grundpositionen werden wie folgt beauftragt: Glasgitterarmierung für die Straßensanierung AP 2.2.27.20 GYSI; Ausführung der Stahl-Holzkonstruktion AP 2.2.15.6 GYSI; 2.2.15.9 GYSI.

Abstimmung: 13 Ja

04. Sanierung der Waibstadter Straße hier: Erneuerung der Bordsteine

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim an die Maßnahme des Landes (Deckenerneuerung in der Waibstadter Straße und Von-Hindenburg-Straße) anschließen möchte, um die Gehwege zu sanieren. Nachdem noch keine Feinplanung für den Ausbau der Breitbandversorgung (Glasfaser) vorliegt schlägt die Verwaltung vor, die vorgesehene Pflasterung der Gehwege derzeit nicht vorzunehmen, sondern lediglich die Bordsteine in der Waibstadter Straße im Rahmen der Landesmaßnahme auszutauschen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf zirka 30.000,00 €.

Der Technische Beschäftigte Roland Herbold teilt mit, dass am heutigen Morgen mit dem Regierungspräsidium ein Ortstermin stattfand, bei dem das Architektenbüro das Vorhaben der Stadt Neckarbischofsheim erläutert wurde. Der Austausch der Bordsteine wird von der Ortseinfahrt (von Waibstadt kommend) bis zur Ziegelgasse erfolgen. Hier werden anstatt der bisherigen „18er“-Bordsteine neue „15er“-Bordsteine eingebaut. Wenn der Breitbandausbau in diesem Bereich erfolgt, werden die Gehwege gepflastert, um ein „sauberes Bild“ in der Waibstadter Straße zu erhalten. Auch in der Von-Hindenburg-Straße sind noch im Rahmen der Neuverlegung der Wasserleitungen zirka 100 Meter Bordsteine neu zu verlegen, wobei die Kosten im städtischen Haushalt finanziert sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Austausch sämtlicher Bordsteine in der Waibstadter Straße zu. Die Auftragsvergabe erfolgt über das Regierungspräsidium im Rahmen der Vergabe der Straßensanierungsarbeiten.

Abstimmung: 14 Ja

05. Sanierung der Garagentore in der ehemaligen Landwirtschaftsschule

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und teilt mit, dass der DRK-Ortsverein die Arbeiten zur Sanierung der Garagentore in der ehemaligen Landwirtschaftsschule selbst ausführen möchte, weshalb diese hierfür einen Pauschalbetrag in Höhe von 10.000,00 € beantragt haben. Für die Maßnahme sind im diesjährigen Haushalt Mittel in Höhe von 15.000,00 € eingestellt.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der zweckgebundenen Zahlung eines Pauschalbetrags in Höhe von 10.000,00 € an den DRK-Ortsverein Neckarbischofsheim zum Einbau von Sektionaltoren zu. Sämtliche damit verbundenen Kosten sind vom DRK-Ortsverein Neckarbischofsheim zu tragen.

Abstimmung: 14 Ja

06. Sanierung des Parkplatzes hinter dem Rathaus

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass es sich um eine Premiere in ihrer Zeit als Bürgermeisterin handelt, dass eine Fraktion des Gemeinderats einen Antrag auf Aufnahme eines Tagesordnungspunktes auf die Tagesordnung stellt. Der Antrag der CDU/UW-Fraktion liegt der Vorlage bei. Sie führt weiter aus, dass der Platz um das Rathaus auch immer das Aushängeschild einer Stadt darstellt und ohne Sanierungsmaßnahmen der Platz nicht besser wird. Bereits im letzten Jahr war von der Verwaltung angedacht, die Sanierung durchzuführen, was jedoch am Votum des Gemeinderats scheiterte. Im Haushalt 2014 sind die entsprechenden Mittel erneut eingestellt, weshalb sie um Zustimmung der Sanierung des Parkplatzes hinter dem Rathaus bittet.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass die CDU/UW-Fraktion in der gestrigen Sitzung lange darüber diskutiert hat, ob der Platz hinter dem Rathaus saniert werden muss oder nicht, oder ob andere Straßen im Stadtkern (Untere Mühlbachgasse) und in den Stadtteilen Helmhof

(Forststraße) und in Untergimpfern (Ziegelweg), die sehr marode sind, zuvor zu sanieren sind. Die Fraktionsmitglieder sind zum Entschluss gekommen, dass der Parkplatz die Visitenkarte der Stadt Neckarbischofsheim darstellt und für Neubürger einen ersten Eindruck in der Stadt darstellt. Aus diesem Grund möchte die Fraktion erneut über die Sanierung des Parkplatzes hinter dem Rathaus abstimmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass es auch für ihn eine Premiere darstellt, zumal er schon sehr lange dem Gemeinderat angehört, dass die CDU/UW-Fraktion einen solchen Antrag stellt. Für ihn ist die Vorgehensweise sehr ungewohnt, zumal der Gemeinderat in der Klausurtagung im September 2013 sehr lange über die verschiedenen Sanierungsmaßnahmen im Stadtgebiet gesprochen hat. Die Meinung der FW/SPD-Fraktion ist, dass es wichtigere Maßnahmen im Stadtgebiet gibt, als die Sanierung des Rathausparkplatzes, der es durchaus nötig hätte, saniert zu werden. Er verweist auf die Prioritätenliste zur Klausurtagung, wobei die Sanierung des Parkplatzes nicht unter den ersten zehn Maßnahmen stand. Der Antrag der CDU/UW-Fraktion kommt für ihn nun losgelöst von den bisher aufgestellten Sanierungsmaßnahmen, wobei mit diesem Antrag nicht zwischen den Maßnahmen auf der Prioritätenliste abgewägt wird.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass er die Prioritätenliste einmal auf dem Flipchart bei der Klausurtagung gesehen hat, es jedoch keine offizielle Liste, kein Protokoll und keine Abstimmung durch den Gemeinderat gibt, wie die Maßnahmen abgehandelt werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bedauert, dass er die damalige Liste nicht abfotografiert hat, da hinter den Maßnahmen angegeben war, in welchen Jahren diese durchgeführt werden sollen.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass die Sanierung des Rathausparkplatzes für das Jahr 2013 vorgesehen war.

Stadtrat Rüdiger Knapp weist darauf hin, dass es nach der Geschäftsordnung des Gemeinderats legal ist, dass ein Viertel der Mitglieder des Gemeinderats einen Antrag stellen kann. Diese Möglichkeit wurde von der CDU/UW-Fraktion genutzt.

Bürgermeisterin Tanja Grether fügt an, dass von Seiten der FW/SPD-Fraktion die bisherige Planung als gut befunden wurde.

Stadtrat Hans Peter Jelinek erwidert, dass man sich gerne nochmals über die Inhalte der Planung unterhalten kann, es ihn aber mehr verwundert, wie der Antrag zustande gekommen ist.

Stadtrat Thomas Mayer führt aus, dass der damalige Antrag abgelehnt wurde und es hier um rund 100.000,00 € geht, die für die Sanierung ausgegeben werden sollen. Mit diesen Mitteln könnten ein Viertel der Straßensanierung (Weinbergstraße) durchgeführt werden, weshalb er dieses Geld gerne für eine andere Sanierungsmaßnahme ausgeben möchte.

Stadtrat Walter Freudenberger weist darauf hin, dass man kurz vor der Gemeinderatswahl steht, weshalb er der Ansicht ist, dass die CDU/UW-Fraktion mit dem Antrag andere Maßnahmen wie die beschlossenen vorziehen möchte.

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Mittelbereitstellung im Haushalt 2014, die unter anderem auch die Sanierung der Unteren Mühlbachgasse befasst.

Stadtrat Rüdiger Knapp verwehrt sich gegen die Aussage von Stadtrat Walter Freudenberger und stellt fest, dass der Antrag kein Wahlversprechen beinhaltet. Der CDU/UW-Fraktion ist sehr wohl bewusst, dass die Meinungen zur Sanierung des Rathausparkplatzes im Gemeinderat weit auseinander gehen. Er stellt fest, dass der Gemeinderat die Sanierung des Parkplatzes bereits seit 15 Jahren vor sich herschiebt und verweist darauf, dass die Haushaltsmittel seit dem letztjährigen Haushalt bereitgestellt sind.

Stadträtin Edith Bräumer führt aus, dass die Sanierung des Parkplatzes schon während der Zeit von Bürgermeister Günter Burkhardt diskutiert wurde und stellt fest, dass es sich hier um einen „Schandfleck“ im Stadtgebiet handelt. Ihrer Meinung nach muss der Parkplatz auch als Aushängeschild für das Rathaus angesehen werden, weshalb sie sich dafür ausspricht, den Platz so herzurichten, dass dieser auch etwas darstellt.

Stadtrat Walter Freudenberger wundert sich, dass von der CDU/UW-Fraktion lediglich vier Personen den Antrag unterschrieben haben.

Stadtrat Rüdiger Knapp weist auf die Geschäftsordnung des Gemeinderats hin, dass Anträge nur von vier Personen unterzeichnet werden müssen.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass jeder, der im Winter über den Parkplatz gelaufen ist feststellen musste, dass dieser der Verkehrssicherungspflicht nicht entspricht und gesperrt werden müsste. Er fragt nach, wer von den Stadträtinnen und Stadträten bei einem Unfall die Verantwortung übernehmen möchte.

Bürgermeisterin Tanja Grether erklärt, dass sie als Bürgermeisterin ohnehin in die Verantwortung genommen wird, weshalb sie den Parkplatz gerne saniert hätte.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt nochmals fest, dass es ihm nicht um den Inhalt der Maßnahme geht, da sich kein Gemeinderat zu keiner Zeit grundsätzlich gegen die Sanierung von Straßen und Plätzen ausgesprochen hat, insbesondere auch deshalb, dass die Straßen und Plätze im Rahmen des Haftungsrechts als sicher eingestuft werden können. Die Frage die sich ihm stellt ist die, welche Maßnahmen wann durchgeführt werden. Dies hätte er gerne bei der nächsten Klausurtagung konkretisiert, dass so etwas wie in der heutigen Sitzung nicht mehr stattfindet. Er stellt fest, dass „das Kind in den Brunnen gefallen ist“ und heute wohl die Parkplatzsanierung beschlossen wird. Für die Zukunft hat er auf jeden Fall etwas daraus gelernt, wie der Beschluss zustande gekommen ist.

Bürgermeisterin Tanja Grether stellt fest, dass die Sanierung des Rathausparkplatzes schon im letzten Jahr auf dem Programm gestanden hat.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sanierung des Platzes im Bereich zwischen dem Rathaus und der Oberen Mühlbachgasse wie vorgestellt in der „großen Lösung“ zu.

Abstimmung: 8 Ja 5 Nein 1 Enthaltung

07. Verkaufsoffener Sonntag in Neckarbischofsheim am 21.09.2014

hier: Beschluss über die Verordnung des Bürgermeisteramtes Neckarbischofsheim über die Öffnungszeiten der Verkaufsstellen in der Stadt Neckarbischofsheim anlässlich der Kirchweih am 21. September 2014

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, der Verordnung über die Öffnungszeiten der Verkaufsstellen anlässlich der Kerwe am 21.09.2014 zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Satzung über die Öffnungszeiten der Verkaufsstellen in der Stadt Neckarbischofsheim anlässlich der Kirchweih am 21. September 2014 zu.

Abstimmung: 14 Ja

08. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt vom 29.04.2014

Der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Legalisierung der Überdachung auf einer vorhandenen Doppelgarage in der Forlenstraße 35 in Neckarbischofsheim zu.

Der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Antrag auf Neubau einer Lagerhalle in den Auwiesen 9-13 in Neckarbischofsheim zu.

Der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Antrag auf Nutzungsänderung – Lagerhalle mit LKW-Stellplatz – in den Auwiesen 9-13 in Neckarbischofsheim zu.

Der Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Auftragserteilung zur Dachsanierung der Maschinenhalle im städtischen Bauhof an die Fa. Ralf Bender, Neckarbischofsheim, zum Angebotspreis in Höhe von brutto 24.027,53 € zu.

09. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 01.04.2014

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einstellung von Frau Katja Schwarz, wohnhaft in Obrigheim, als Teilzeitkraft im Kommunalen Kindergarten Helmhof ab dem 5. Mai 2014 zu. Das Arbeitsverhältnis umfasst 17,5 Stunden/wöchentlich.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim hebt die am 23.09.1997 beschlossenen „Richtlinien für den Verkauf städtischer Grundstücke zum Zwecke der Errichtung von Eigenheimen“ auf.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim veräußert die Grundstücke Flst.Nrn. 14135, 14136 und 14137 (Kapplersgärten) an Herrn Harald Hotel zum Preis in Höhe von 123,00 €/m² mit einer Bauverpflichtung von fünf Jahren.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vertragsänderung, bezogen auf die Änderung des Pächters, von Frau Anne Kerbe auf Herrn Martin Holl-Kerbe zu.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einrichtung von fünf Eingangsklassen am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium für das Schuljahr 2014/2015 zu.

10. Bekanntgaben

Erneuerung der Hauswasseranschlüsse

Der Zweckverband „Wasserversorgungsgruppe Mühlbach“ hat mit den Straßen- und Tiefbauarbeiten in der Waibstadter Straße und Von-Hindenburg-Straße begonnen. Im Zuge der Erneuerung der Verkehrsflächen werden die Versorgungs- und Hausanschlussleitungen durch den Zweckverband erneuert. Durch die halbseitigen Straßensperrungen ist während der Bauarbeiten mit Verkehrsbeeinträchtigungen zu rechnen.

Überprüfung der Standsicherheit von Brücken

Die Brücken im Stadtgebiet und in den beiden Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern wurden auf Standsicherheit überprüft. Die kleine Brücke über den Krebsbach zwischen Wiesentalweg und Landstraße ist nicht mehr standsicher und wurde durch die Stadt Neckarbischofsheim gesperrt. Demnächst soll die Brücke ganz abgebaut werden.

Kindergarten am Krebsbach, Stadtteil Untergimpfern

Die Stadt Neckarbischofsheim prüft derzeit, ob am Standort des ehemaligen Kindergartens in Untergimpfern der Neubau eines Kindergartens, eines Feuerwehrhauses und eines Gemeinschaftshauses möglich ist. Zu Bedenken ist, dass der Platz dort sehr beschränkt ist. An einer Lösung des Problems wird mit Nachdruck gearbeitet, jedoch lässt sich Bürgermeisterin Tanja Grether nicht drängen und nennt deshalb auch keine verbindlichen Daten, da sie nichts versprechen möchte, was sie später nicht halten kann. Bis Ende 2015 hat die Stadt Neckarbischofsheim für die Übergangslösung mit den Wohnraummodulen Zeit. Sollte eine frühere Lösung erfolgen würde auch sie das freuen. Die Eltern der Kinder aus Untergimpfern müssen sich deshalb auf die Situation weiterhin einstellen. In den vergangenen Monaten fanden viele Treffen in verschiedener Besetzung statt, um über die verschiedenen Möglichkeiten zu diskutieren. Bürgermeisterin Tanja Grether verweist in diesem Zusammenhang auf die Veranstaltung im Josefssaal, bei der die Eltern von den anwesenden Gemeinderäten ein deutliches positives Signal für den Kindergartenstandort Untergimpfern erhalten haben. Das Angebot der Eltern, dass diese bei der Errichtung des Kindergartens gerne mithelfen würden, hat sie im Hinterkopf und nimmt dieses sehr ernst. Wenn Möglichkeiten zum Mithelfen bestehen, wird Bürgermeisterin Tanja Grether auf das Angebot der Eltern zurückgreifen. Im Moment ist die Stadt Neckarbischofsheim auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück in Untergimpfern. Weitere Informationen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt werden.

Termine

Die Abteilungwehr Neckarbischofsheim lädt zum Totengedenken am Sonntag, 18. Mai 2014 um 11.30 Uhr auf den Friedhof in Neckarbischofsheim ein.

Der Evangelische Kindergarten lädt zum „Tag der offenen Tür“ am Sonntag, 18. Mai 2014 ab 11.00 Uhr in den Kindergarten (Turmstraße) und die Kinderkrippe (Ablassweg) ein.

Brunnenradtour 2014

Die Brunnenradtour 2014 fällt aus. Nachdem die Stadt Neckarbischofsheim die Brunnenradtour im letzten Jahr noch vorbildhaft vorbereitet und durchgeführt hat bekommen die Nachbarkommunen dies in diesem Jahr leider nicht geregelt, weshalb die Absage erfolgt.

Bürgersprechstunde in Untergimpfern

Bürgermeisterin Tanja Grether hält am Mittwoch, 14. Mai 2014 von 16 bis 18 Uhr eine Bürgersprechstunde im Kindergarten am Krebsbach im Stadtteil Untergimpfern ab. Zur Bürgersprechstunde wird sie auch die Karte des ELR-Gebietes in Untergimpfern dabei haben, um den Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern, welches Gebiet das ELR-Programm umfasst. Die Bürgerinnen und Bürger können gerne mit Fragen auf die Bürgermeisterin zukommen, die auf regen Besuch der Sprechstunde im Stadtteil hofft.

11. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Peter Haffelder fragt nach, wer die Standsicherheit der Brücke über den Krebsbach festgestellt hat und ob es denkbar ist, dass eine neue Brücke über den Krebsbach dort errichtet wird, da hier ein reger Fußgängerverkehr vom Wiesentalweg zum Friedhof (früher auch zur Fa. Vectron) erfolgt.

Der Technische Beschäftigte Roland Herbold teilt mit, dass die DEKRA festgestellt hat, dass das Brückentragwerk nicht mehr verkehrssicher ist. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhmer ergänzt, dass es möglich ist, eine neue Brücke an dieser Stelle wieder zu errichten.

12. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Christian Gebhard bedankt sich für die Ausführungen zum „Kindergarten am Krebsbach“ durch die Bürgermeisterin, die einige Fragen von den Kindergarteneltern schriftlich erhalten hat. Obwohl durch die Verwaltung ein positives Signal für den Erhalt des Kindergartens in Untergimpfern gegeben wurde möchte er genauer wissen, was derzeit von Seiten der Verwaltung unternommen wird und wünscht sich, dass die konkrete Sachlage öffentlich präsentiert wird. Aus diesem Grund besuchen die Kindergarteneltern auch alle drei Monate die öffentlichen Gemeinderatssitzungen, um weitere Informationen zu erhalten. Die Kindergarteneltern wünschen sich, dass in öffentlicher Sitzung eine inhaltliche Diskussion zum Kindergarten Untergimpfern erfolgt, beispielsweise so, wie in der heutigen Sitzung zum Parkplatz hinter dem Rathaus.

Herr Raimund Bauer teilt mit, dass er beim Bau der Brücke über den Krebsbach im Bereich des Wiesentalweges mitgewirkt hat. Diese Brücke wurde hauptsächlich für die damaligen Wandertage errichtet. Er kann es nicht verstehen, dass eine Brücke gesperrt werden muss, über die lediglich zwei Personen gleichzeitig gehen können. Weiter fragt er sich, ob in Untergimpfern nun alles abgebaut wird. Über das Prüfungsergebnis kann er lediglich den Kopf schütteln.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass sie sich bei der Prüfung auf die Fachleute verlassen muss, und sie als Bürgermeisterin für diese Schäden auch haftet.

Herr Otmar Martin fragt nach, ob die Weinbergstraße bei den Kanal- und Straßenarbeiten komplett aufgerissen wird und ob eine Zufahrt für die Anlieger zu ihrem Anwesen möglich ist. Der Technische Beschäftigte Roland Herbold bestätigt den kompletten Aufriss der Straße und teilt mit, dass die Anlieger eine Zufahrt zu ihrem Anwesen erhalten. Bei der letzten Baumaßnahme in der Gartenstraße wurde dies den Anwohnern auch ermöglicht.

Ein Zuhörer fragt nach, ob der Neubau des Kindergartens von den weiteren Wünschen nach einem Feuerwehrhaus und einem Gemeinschaftshaus abhängt.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass schon mehrfach erwähnt wurde, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim mit der Übergangslösung (Errichtung von Wohnraummodulen) Zeit erkaufte, um eine gewissenhafte Planung für die angestrebte große Lösung zu erhalten, weshalb sie von ihrer Vorgehensweise nicht abweichen wird.

Herr Christian Gebhardt führt aus, dass er die Protokolle aus den öffentlichen Sitzungen des letzten Jahres durchgelesen hat und über eine Planung für den Kindergarten Untergimpfern nichts gelesen hat. Aus diesem Grund fragt er nochmals nach, was von der Verwaltung und dem Gemeinderat zu diesem Thema derzeit unternommen wird.

Aus diesem Grund wünscht er sich, diese Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung durch den Gemeinderat diskutieren zu lassen.

Bürgermeisterin Tanja Grether erklärt, dass derzeit ein geeigneter Platz für die angestrebten Lösungen gesucht wird, weshalb die Angelegenheit erst dann in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werden kann.

Vorsitzende:

Schriftführer:

Urkundspersonen: